MEINUNG

Neue Regierung in Berlin

# *Deutschland braucht mehr als diese zaghaften Reformen*

Donald Trump erklärt der Welt den Handelskrieg, und in Berlin schliessen Union und SPD mutlose Kompromisse. Kaum angegangen werden die wahren Probleme des Landes.

Kommentar von Michael Heise
Publiziert: 10.04.2025, 08:44

3

Die Koalitionäre in spe am Mittwoch in Berlin: (von links) CSU-Chef Markus Söder, CDU-Vorsitzender Friedrich Merz und die SPD-Oberen Lars Klingbeil und Saskia Esken.
Bild: Christoph Söder/EPA/Keystone

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.
Abo abschliessen
Login
BotTalk

Mit den Zollerhöhungen von US-Präsident Donald Trump droht eine weitere Säule des deutschen Wirtschaftsmodells ins Wanken zu geraten. So war es in den vergangenen Jahren vor allem der US-amerikanische Markt, der Deutschlands Wirtschaft überhaupt noch etwas Wachstum bescherte. Hier fanden die Unternehmen zusätzlichen Absatz in einer Zeit, in der sich der weltweite Wettbewerb verschärfte und chinesische Unternehmen aufgrund schwächelnder heimischer Märkte eine Exportoffensive begannen. Neben der Systemkonkurrenz aus China und den Kosten- und Steuernachteilen des Standorts Deutschland droht nun auch der US-amerikanische Markt zu einer Belastung zu werden. Und so sind die leisen Hoffnungen, dass eine neue Regierung die jahrelange wirtschaftliche Misere in Deutschland beenden könnte, bereits neuen Rezessionsängsten nach dem Zollschock von Donald Trump gewichen.

## Chaos der Zollandrohungen

Selbst wenn jetzt intensiv mit den USA verhandelt wird, ist nicht zu erwarten, dass der Handelsstreit so glimpflich abläuft, wie es 2018 der Fall war, als über die Zusicherung von Nahrungsmittel- und Energieimporten der EU ein deutlicher Anstieg amerikanischer Zollsätze verhindert werden konnte.

Es werden Belastungen bleiben, und dabei ist nicht allein relevant, wie hoch die Zollsätze für deutsche Warenexporte in die USA sind, sondern auch, wie stark andere Handelspartner etwa in Asien vom Zollkrieg der USA geschwächt werden, denn diese Länder sind eben auch grosse Kunden der deutschen Wirtschaft.

Es wird wohl einige Zeit brauchen, das Chaos der vielzähligen Zolldrohungen der US-Regierung in bilateralen Verhandlungen zu lichten. Für die multilaterale Welthandelsordnung kann man jedenfalls von einer Zäsur sprechen, und für die zuletzt ohnehin schwache deutsche Exportentwicklung ist das keine gute Perspektive.

Schwache Export- und Handelsentwicklungen gehen klassischerweise auch mit Investitionszurückhaltung der Unternehmen einher. Das immense Ausmass an Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft dürfte sich wie Blei über die Investitionspläne der Unternehmen legen.

Die Unsicherheit belastet auch die Entwicklung des privaten Konsums in

Deutschland. Zwar gibt es derzeit deutliche Realeinkommenssteigerungen, aber mit dem Handelsstreit werden sich die Sorgen über die zukünftige Einkommensentwicklung und die Sicherheit der Arbeitsplätze verstärken und zu erhöhter Ersparnis führen.

## Kleinteilig und mutlos

Die Gegenmassnahmen, die sich im Koalitionsvertrag der sich formierenden neuen Regierung finden, wirken angesichts der «historischen Herausforderungen» recht kleinteilig und mutlos. Sie bleiben hinter dem Erforderlichen zurück. Auf der Steuerseite sollen für drei Jahre Abschreibungserleichterungen für investierende Unternehmen gelten, und dann soll ab 2028 in mehreren Schritten die Unternehmenssteuer um jeweils einen Prozentpunkt gesenkt werden.
Der Solidaritätszuschlag, der inzwischen in hohem Masse Unternehmen betrifft, soll aber beibehalten werden. Hier wäre eindeutig mehr Mut erforderlich gewesen, um ein klares Signal an die Unternehmen zu geben, dass es trotz aller Widrigkeiten jetzt die Zeit ist, in Deutschland mehr zu investieren, wieder Jobs zu schaffen.

Dazu müssen auch andere Strukturreformen in Deutschland beitragen, die mit dem Zollkrieg von Donald Trump noch dringlicher geworden sind. Nicht nur belasten die im internationalen Vergleich sehr hohen Steuern die Unternehmen und die privaten Haushalte.

Auch stark steigende Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber setzen die Einkommensentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unter Druck. Sehr hohe Energiepreise führen zudem zur Verlagerung von Produktion in andere Länder, und eine überbordende Bürokratie verursacht Kosten und Tempoverluste.

Diese Punkte werden im Koalitionsvertrag angesprochen, aber der Minimalkonsens der Reformen reicht nicht sehr weit. Unklar bleibt auch, wie stark die Arbeitsanreize etwa durch eine Reform des Bürgergelds hin zu einer Grundsicherung ausfallen werden.

Hier liegt einer der entscheidenden Hebel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, denn die geringe Verfügbarkeit von Arbeitskräften ist trotz 5,5 Mio. Bürgergeldempfängern und 3 Mio. Arbeitslosen in Deutschland eines der grössten Wachstumsprobleme der Wirtschaft.

> ***«Die massiven Schulden müssen in Investitionen und nicht in den Konsum fliessen.»***

Das von Reformkritikern immer wieder bemühte Lamento, man könne

Das von Reformkritikern immer wieder beklagte Lamento, man könne wegen fehlender Gegenfinanzierung keine Entlastungen für die Arbeitnehmer und die Unternehmen vornehmen, muss nun endlich durch eine klare Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte beendet werden.

Rentenerhöhungen wie die sogenannte Haltelinie der SPD oder die Mütterrente der CSU verbieten sich eigentlich in der derzeitigen Situation, in der es darum geht, den weiteren Abstieg der deutschen Wirtschaft zu verhindern.

Ohne Wachstum werden die deutschen Sozialsysteme, die den grössten Anteil an den Staatsausgaben ausmachen, in Zukunft kaum noch finanzierbar sein und erheblich abgebaut werden müssen. Zumindest erhält die Vereinbarung den Hinweis auf eine geplante Rentenkommission, und es bleibt abzuwarten, ob sie dem wachstumspolitischen Diktum folgt oder eher Umverteilungsinteressen zulasten der jüngeren Generationen überwiegen.

Eine Belebung der deutschen Konjunktur könnten die grossdimensionierten Programme für Verteidigung und Infrastruktur bringen, die sich die Koalitionäre in spe vorgenommen haben. Denn bei erwartbar schwacher Entwicklung der privaten Nachfrage können staatliche Impulse durch höhere Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben eine Stabilisierung herbeiführen.

Das Risiko, dass schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme lediglich die Inflation ankurbeln und die Renditen der Staatsanleihen erhöhen, ist im Umfeld einer Konjunkturschwäche nicht allzu gross. Ob die Infrastrukturprogramme auch langfristig das Wachstum erhöhen und zukünftigen Generationen nicht nur höhere Schulden, sondern auch eine sehr viel bessere Infrastruktur hinterlassen werden, muss sich noch zeigen.

Es hängt davon ab, dass mit den Schulden nicht Konsumfinanzierung betrieben wird, das wachstumsrelevante Investitionen vorgenommen werden und die regulären Investitionsbudgets nicht zulasten der Sonderbudgets gekürzt werden.

## Nicht auf Trump verlassen

Es bleibt die Frage, ob auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank dazu beitragen wird, dass Deutschland und andere Länder der Währungsunion konjunkturell wieder auf die Beine kommen. Tatsächlich dürfte die EZB den Einlagensatz relativ schnell auf das etwa neutrale Niveau von 2% reduzieren, da der Rückgang des Ölpreises und die Verunsicherung von Unternehmen und Konsumenten in der derzeitigen Situation die Inflation eher drücken sollten.

Gegenzölle der EU auf aus den USA eingeführte Waren dürften angesichts der verhältnismässig geringen Volumen und denkbaren Preiszugeständnissen der Anbieter einen nur schwachen Inflationseffekt haben.
Grosse Verantwortung für die konjunkturelle Entwicklung liegt naturge-

mäss bei der amerikanischen Politik, die den Zollschock ausgelöst hat. Da erscheint es plausibel, dass Trump die Marktverluste und die absehbare Konjunkturabschwächung nicht einfach hinnimmt, sondern nun eine Zollpause von neunzig Tagen einlegt, während Verhandlungen laufen.

Für die Wirtschaftspolitik in Deutschland wäre es indessen fahrlässig, sich auf eine Kehrtwende in den USA zu verlassen. Im Gegenteil, der Alarmruf für die deutsche Wirtschaftspolitik könnte lauter kaum sein. Allein die Verschuldungspakete für Verteidigung und Infrastruktur werden den Standort Deutschland für Investitionen und Innovationen nicht wieder attraktiv machen.

Die Regierung muss vielmehr darangehen, den teilweise noch allgemeinen Ankündigungen im Koalitionsvertrag deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen folgen zu lassen, um den Standort Deutschland wettbewerbsfähiger und attraktiver zu machen und die lange Phase der Stagnation und der Abwanderung von Unternehmen zu beenden.

NEWSLETTER

**FuW – Das Wochenende**
Erhalten Sie am Wochenende handverlesene Leseempfehlungen der Redaktion. Jeden Sonntag in Ihrem Postfach.
Weitere Newsletter

Einloggen

**Michael Heise** ist Chefökonom von HQ Trust, dem Family Office der Industriellenfamilie Quant. Zuvor war er Leiter des Economic Research bei Allianz sowie Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (Wirtschaftsweisen). Mehr Infos

Fehler gefunden? Jetzt melden.

3 Kommentare